

Afghanistan!

Hört endlich auf mit diesem mörderischen Krieg

Afghanistan – Ein Land im Krieg - und 4 500 Deutsche Soldaten sind dort, wo sie nicht hin gehören und laden durch sinnloses töten Schuld auf sich. Manche werden dort, wie 43 bereits vor ihnen, noch ihr Leben lassen. Die Deutsche Bundesregierung wird sie (wie immer) betrauern, sie zu Helden erklären, sich bei den Angehörigen für diesen Tod entschuldigen - pardon liebe Eltern, Freunde, Verwandte - und gleichzeitig erklären, dass weiter am Hindukusch bleiben und dass dieser Krieg nicht gewonnen werden kann.

Kurt Tucholsky nannte und Carl von Ossietzky veröffentlichte bereits 1931: Soldaten sind Mörder. Dieses Zitat ist immer noch aktuell. Das Bundesverfassungsgericht sieht dieses Zitat heute von der Meinungsfreiheit gedeckt. Martin Niemöller wiederholte dieses Zitat und ergänzte: Krieg ist gegen den Willen Gottes, gegen die Gebote Gottes. Gegen den Willen und die Gebote Gottes zu handeln sollten endlich die Parteien mit einem christlichen Anspruch der Deutschen Bevölkerung erklären.

Der fränkische Journalist Heinrich Giegold fragte neu: Warum werden immer nur die Millionen ausführenden Mörder genannt, die auch millionenfach sterben durften und dürfen, während Kriegsplaner, Propagandisten und Befehlsgeber zu historischen Gestalten aufsteigen.

Die Deutsche Bundesregierung, der Deutsche Bundestag weiß das alles, kennt die Sinnlosigkeit des Krieges und will das Töten weder verhindern noch beenden. Sind die verantwortlichen Deutschen Politiker, sind Frau Merkel, Herr zu Guttenberg oder Außenminister Westerwelle nicht die jetzigen direkten Auftraggeber, die indirekten Befehlsgeber, für die Deutschen Soldaten? 4 500 Deutsche Soldaten wurden nach Afghanistan geschickt, weil der Deutsche Bundestag und die ihn tragenden Parteien, CDU, SPD, FDP, CSU, Bündnis90/Die Grünen mit überwiegender Mehrheit diesem Einsatz zugestimmt haben. Nur DIE LINKE stimmt immer wieder geschlossenen und im Einklang mit über 70 Prozent der Deutschen Bevölkerung gegen diesen Einsatz

weiter nächste Seite

Diese Abgeordneten aus der Region wollen weiter Krieg

Delmenhorst - Drei Bundestagsabgeordnete aus unserer Region haben sich jüngst für eine Fortsetzung des Krieges in Afghanistan ausgesprochen - durch ihre Zustimmung zur Verlängerung des Mandats für die Bundeswehr. Dies sind:

- Holger Ortel (SPD)
- Angelika Brunkhorst (FDP)
- Astrid Grotelüschen (CDU)

Natürlich hat keiner der genannten Politikerinnen und Politiker einen Sohn oder eine Tochter, die am Hindukusch den Kopf hinhalten müssen, weil eine „grosse Koalition“ von CDU, SPD und FDP der Meinung ist, Deutschland müsse in Afghanistan verteidigt werden.

Militärexperten befürchten, dass der Preis dafür sehr hoch sein und noch vielen Soldaten der Bundeswehr das Leben kosten wird.

Die selbst ernannten Kriegsfrauen- und herren in Berlin wollen Afghanistan in die Demokratie bomben, koste es was es wolle. Auch gegen den Willen unseres Volkes!

Und wenn der letzte Taliban erledigt und tausende von afghanischen Zivilisten im Kugelhagel gestorben sind, was ist dann? Herrscht dann Demokratie in Afghanistan nach dem „Modell“ Deutschland? Eher nicht! Warum dann dieser verdammt sinnlose Krieg? pv

Von Seite 1: Hört endlich auf ...

und fordert: Bundeswehr raus aus Afghanistan und durch zivile Aufbauhelfer ersetzen. Stoppt den Krieg, stoppt den Tod vieler Afghanen, stoppt das sinnlose Töten, stoppt das Sterben Deutscher Soldaten. Nichts ist gut in Afghanistan. Afghanistan ist eine große Lüge. Nichts ist wahr zu Afghanistan. Deutschlands Freiheit, die Freiheit der Welt wird in Afghanistan am Hindukusch verteidigt. So rechtfertigt die Deutsche Bundesregierung den Afghanistan - Einsatz der Bundeswehr. Einzig und allein diese Lüge wird mit dem Leben der zu Tode gekommenen Soldaten von Deutschen Politikern verteidigt. Keine Terroristen, im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das World Trade Center in New York vom 11.09.2001, mit denen der Krieg in Afghanistan und der Bundeswehreinsatz begründet werden, wurden je in Afghanistan ausgebildet. Einige dieser Terroristen kamen bekanntlich aus Deutschland.

Afghanistan ist für den Schnittpunkt zu Zentral- und Südasien ein strategisch wichtiger Binnenstaat. Afghanistan, ein Land mit mangelhafter Infrastruktur, besteht überwiegend aus Gebirge, nur 6 Prozent der Fläche sind landwirtschaftlich nutzbar, aber von den 25 Millionen

Afghanen arbeiten allein 2/3 in der Landwirtschaft. Das Interesse der westlichen Welt, weniger Profiteure und Lobbyisten, gelten dem Bau von Erdgas- und Erdöl- Pipelines durch Afghanistan um zentralasiatische Energiequellen zu erschließen und nach dem Casinokapitalismus gewinnbringend zu nutzen. Seit Jahrhunderten unterliegt Afghanistan hegemonialen Bestrebungen, mit Kriegen, Unterwerfungen und Besetzungen durch Großbritannien, Russland und allen regionalen Nachbarländern bis hin zu China. In den letzten 200 Jahren wurden in Afghanistan über viele Jahre allein drei Anglo-Afghanische Kriege geführt, gefolgt von einem Volks- Aufstand gegen Reformen von Traditionen, danach der Sowjetisch-Afghanische Krieg, mit Folge des Afghanischen Bürgerkrieges, bis zum Eingreifen der US- Amerikaner 2001, wodurch der Krieg bis heute 2010 und keinem friedlichen Ende absehbar, andauert. Die Deutsche Bundeswehr ist seit 2001 mit immer mehr Soldaten an diesem Krieg beteiligt, deutsche Soldaten töten – gemäß erteiltem Auftrag und werden getötet – gemäß erteiltem Auftrag. In Afghanistan werden über 250 Sprachen und Dialekte gesprochen. Jede Verständigung ist schwierig. Afghanistan ist ein Vielvölkerstaat. Jede Region beansprucht einen

eigenen Einfluss und behauptet diesen gegenüber anderen Regionen, durch sogenannte Kriegsherren, Emire und Regionalfürsten. In Afghanistan, mit vollem Namen: Islamische Republik Afghanistan, herrscht immer noch traditioneller Feudalismus mit starker islamischer Prägung und überwiegend sunnitischer Glaubensrichtung. Eine Reform dieser Traditionen nach westlichem Vorbild ist von den Afghanen nicht gewollt, wird abgelehnt und kann auch nicht durch die verlogene Verteidigung der Deutschen Freiheit in Afghanistan mit Waffengewalt erzwungen werden. Lasst Afghanistan den Afghanen und helft den Afghanen beim Aufbau und der Weiterentwicklung ihrer Daseinsvorsorge. Mit allen Afghanen muss gesprochen werden, alle Afghanen müssen miteinander sprechen und alle Afghanen müssen in afghanische Entscheidungen eingebunden werden. Es muss ein sofortiger Plan entwickelt und umgesetzt werden. Alle Soldaten müssen abgezogen und durch zivile Aufbauhelfer ersetzt werden. Ein solcher Plan, sozial, demokratisch und friedlich muss ein klar definiertes Zeitfenster haben. Nach dem Krieg in Afghanistan muss es endlich heißen: Frieden und Aufbau in Afghanistan mit allen Afghanen für alle Afghanen. *Volker Wohnig*

Der Graben, 1926

*Mutter, wozu hast du deinen
aufgezogen? Hast dich zwanzig
Jahr mit ihm gequält?*

*Wozu ist er dir in deinen Arm
geflogen, und du hast ihm leise
was erzählt?*

*Bis sie ihn dir weggenommen
haben. Für den Graben, Mutter,
für den Graben.*

*Junge, kannst du noch an Vater
denken? Vater nahm dich oft
auf seinen Arm.*

*Und er wollt dir einen Groschen
schenken, und er spielte mit dir
Räuber und Gendarm.*

*Bis sie ihn dir weggenommen
haben. Für den Graben, Junge,
für den Graben.*

(...)

*Seid nicht stolz auf Orden und
Geklunker! Seid nicht stolz auf
Narben und die Zeit!*

*In die Gräben schickten euch
die Junker, Staatswahn und der
Fabrikantenneid.*

*Ihr wart gut genug zum Fraß für
Raben, für das Grab, Kamera-
den, für den Graben!*

Werft die Fahnen fort!

unter: www.youtube.de (Der Graben)

*Die Militärkapellen spielen auf
zu euerm Todestand. Seid ihr
hin: ein Kranz von Immortellen -*

*das ist dann der Dank des
Vaterlands. Denkt an
Todesröcheln und Gestöhne.*

*Drüben stehen Väter, Mütter,
Söhne, schufteten schwer, wie ihr,
ums bißchen Leben.*

*Wollt ihr denen nicht die Hände
geben? Reicht die Bruderhand
als schönste aller Gaben*

*übern Graben, Leute, übern
Graben -!*

Kurt Tucholsky

Alle Delmenhorster Parteien in der Schmalspur. Alle?

- **Die F.D.P. fusioniert, aber keiner weiß mit wem**
- **die CDU hat eine beschädigte Gallionsfigur**
- **die SPD bestätigt sich wie immer selbst**
- **die U.A.D. weiß meistens von nix**
- **die WfD ist sich selbst ganz neu**
- **die GRÜNEN nehmen jeden Hamster auf**
- **DIE LINKE ist im Aufwind, weiß es aber nicht**

pv Delmenhorst - Eigentlich müsste jedem Delmenhorster bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr vor der Wahlkabine ein Sicherheitsgurt überreicht werden. Dazu die amtliche Aufforderung: „Schnallen Sie sich an, bevor Sie ihr Kreuz machen“.

Wohl wahr! Wenn 2011 neu gewählt wird, dann haben in der zurückliegenden Legislaturperiode 15 Ratsfrauen und Ratsherren das politische Hemd gewechselt. Schon Kaiser Wilhelm II. formulierte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“. **Aber deshalb wieder Kaiser?** Im Herbst 2011 finden die nächs-

DIE LINKE Delmenhorst:

Volksbegehren für gute Schulen

Delmenhorst - Der Kreisverband Delmenhorst der Partei DIE LINKE. beteiligt sich aktiv am landesweiten „Volksbegehren für gute Schulen“. Hintergrund: 2004 wurde die Orientierungsstufe abgeschafft, an den Gymnasien das Abitur nach 12 Jahren Schulzeit eingeführt. Die Folge: Schon in der Grundschule muss über die weitere Schullaufbahn der Kinder entschieden werden, Gymnasiasten fehlt ein Jahr Unterrichtsinhalt, ein Wechsel von der Realschule auf ein Gymnasium in der Mittelstufe ist unmöglich.

Die Delmenhorster LINKE. greift Thema am Sonnabend, 8. Mai an einem Informationsstand in der Fußgängerzone auf. Da gibt's auch jede Menge Informationsmaterial. Weitere Infos unter:

www.volksbegehren-schulen.de

ten Kommunalwahlen statt. Da gibt's dann wieder ein Sammelsurium an Parteien, die verantwortungsvoll in Delmenhorst gestalten.

Naja! Die Hoffnung stirbt zuletzt. Vielleicht sollten die nächsten

Kommunalwahlen ganz anders aufgezogen werden. Mit Stimmen-zurück-Garantie. Etwa: Wenn ein Kandidat, eine Kandidatin nicht die Erwartungen erfüllt: Wech damit! Das könnte ausgeweitet werden auf Parteien. Wenn Vorstände nicht so funktionieren wie es Minderheiten wollen: Und Tschüss! Auch im Bundestag: Wenn der Kanzler/die Kanzlerin nicht so spurt wie die Opposition es will: Schönen Lebensabend auch!

- Zurück nach Delmenhorst: Die Kommunalwahlen werden 2011 neue Mehrheiten bringen wg. Zoff um den Abbruch des Wasserturmes. Obwohl: das würde endlich den Blick auf die Alpen frei machen.

Wir gehen weiter! –

Maiaufruf 2010 der AG betrieb&gewerkschaft der LINKEN

„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat“ Unter diesem Motto veranstaltet der DGB 2010 die Maiveranstaltungen. Wir rufen zur Teilnahme an den DGB-Demonstrationen und Kundgebungen auf.

Wir gehen weiter: Der Sozialstaat ist in den letzten Jahren bereits erheblich durch die Bundesregierungen beschädigt worden! Hartz IV geschaffen unter Gerhard Schröder und Josef Fischer ist das beste Beispiel dafür.

Wir sind für:

- die Ablehnung der Rente ab 67 wie CDU, FDP, SPD und Grüne sie nach wie vor anstreben
- einen bundesweiten Mindestlohn von 10 Euro,
- eine Ablehnung der einkommensunabhängigen Kopfpauschale im Gesundheitswesen. Dieser Plan der jetzigen Bundesregierung ist ein massiver Versuch den Sozialstaat weiter zu beschädigen. Hier ist gemeinsamer Widerstand erforderlich, der auch auf die Straße gehört!
- Hartz IV muss weg. Die Zumutungen von Guido Westerwelle und Hannelore Kraft gegenüber Hartz IV-BezieherInnen lehnen wir entschieden ab.

Am 1. Mai 2010 wollen wir für diese Forderungen auf die Straße gehen!

BAG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE



**Psst.
Wir
kommen
wieder!**

„Diesen Rating-Agenturen weltweit das Handwerk zu legen, das ist ziemlich schwierig. Das ist mehr als nur die Änderung der Friedhofsordnung“.

Arbeitsrechtler Prof. Wolfgang Däubler zum zunehmenden Einfluß von US-Rating-Agenturen auf die Weltwirtschaft.

Die BILD-Zeitung und andere Kamikaze wollen Griechenland weltweit verramschen

Warum denn nicht gleich die Akropolis?

Berlin - Zur Forderung der Koalition, Griechenland solle Gebäude und Inseln verkaufen, erklärt Dr. Diether Dehm, europapolitischer und mittelstandspolitische Sprecher der Fraktion **DIE LINKE**, im Bundestag und Landesvorsitzender der **LINKEN** in Niedersachsen: „Aus der Regierungskoalition wird gefordert, dass Griechenland wie jeder Bankrotteur, der alles zu Geld machen muss, Gebäude und Inseln verkaufen soll. Dies ist inkonsequent. Griechenland hat weit mehr an den Weltmarkt zu bringen: die Akropolis etwa und andere antike Kulturstücke, Rentenansprüche, Herz-Lungen-Maschinen, Dialyse-Gerätschaften, Kindernahrung, Grundschulen u. ä.

Dehm: „Statt umständlicher Verkaufswege, sollten da nicht griechische Reichtümer direkt und zeitsparend an Goldman-Sachs und die Deutsche Bank übertragen werden?“

Haben die nicht aufs Eindrücklichste bewiesen, dass sie alles „zu Geld machen können“ (von Weltkriegen, Hitler, Auschwitz, Klimakatastrophe bis Massenentlassungen)? Sie haben aus der Wirtschaftskrise Steuermilliarden geschöpft, Griechenland werthaltige Marktanteile entzogen, es ausgeplündert und ihm hernach überteuerte Kredite aufgezwungen.

Die EU kann also getrost das Geldmachen den Großbanken überlassen und sich dann darauf beschränken, den griechischen Schwerkranken, Kindern, Rentnern, Kunstfreunden zu verdeutlichen, dass sie doch das große Ganze, die Wettbewerbsfähigkeit, der EU nicht vor der Nase wegfuttern dürfen, sondern das frohe Lied auf die Lippen zaubern: „Der Euro soll leben, auch wenn wir sterben müssen!“

„Nazis raus aus unserer Stadt“

Delmenhorst - Das ist der Titel einer neuen Initiative in Delmenhorst, die ab sofort mit der Freischaltung einer Webseite ihre Arbeit aufnimmt. Hintergrund ist die Abschaltung der bisherigen Webseite „Keine Nazischule in Delmenhorst“, die 2006 anlässlich des Abwehrkampfes um das „Hotel am Stadtpark“ eingerichtet worden war. Die damals gegründete Initiative hat sich inzwischen inhaltlich überholt: Das Hotel existiert nicht mehr und eine Nazischule wurde erfolgreich verhindert, dank des Zusammenwirkens des Bündnisses „Keine Nazischule ...“ mit dem DGB-Forum gegen Rechts.

Das neu gegründete Bündnis „Nazis raus aus unserer Stadt“ knüpft an die guten Verbindungen zum DGB an: „Bei größeren Aktionen,“ so das Bündnis in einer ersten Stellungnahme, „machen wir wieder unter dem Dach des DGB mit“. Ansonsten wolle sich das neue Bündnis darauf konzentrieren, neue Mitstreiter zu finden und Aktionen im Hinblick auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr vorzubereiten. Es sei damit zu rechnen,

dass die Nazis in den Stadtrat drängen. Das Bündnis hat den Anspruch der Überparteilichkeit. Weitere Infos unter:

www.nazis-raus-aus-unserer-stadt

Einfach mal bei uns

vorbeischaun:

www.dielinke-delmenhorst.de

Termine, Neuigkeiten, Politik & jede Menge Links zu anderen Anbietern.

IMPRESSUM

Presserechtlich verantwortlich:

Jörg Dombrowe, Ratsherr **DIE LINKE**.

Postfach 1241, 27732 Delmenhorst

Tel.: 04221-61160, mobil: 0171-2712322

email: joerg.dombrowe@ewetel.net

Redaktion: Peter Vogel

Tel.: 04221-53948, mobil: 0172-4296289

email: P2807@aol.com